

# STADTTEIL-KURIER

ZEITUNG FÜR SCHWACHHAUSEN  
HORN-LEHE · OBERNEULAND · BORGFELD

MONTAG, 18. JANUAR 2016 | NR. 14 | NORDOST

## Ohne Haushalt keine Kinderkrippe

Oberneuland drohen neue U3-Plätze verloren zu gehen, weil der Senat die Finanzierung nicht klären kann



Im Sommer soll im ehemaligen Hausmeisterhaus der Oberschule Rockwinkel das Montessori-Kinderhaus einziehen. Seine jetzige Bleibe an der Mühlenfeldstraße muss es verlassen. FOTO: STUBBE

VON MAREN BRANDSTÄTTER

**Oberneuland.** Theoretisch könnte im kommenden Sommer eine neue Kinderkrippe in Oberneuland eröffnen – praktisch allerdings steht dem Plan die jetzige haushaltsfreie Zeit des Senats im Weg. Das Montessori-Kinderhaus, das wie berichtet plant, mit seiner Gruppe von Kindern über drei Jahren (Ü3) im Sommer ins ehemalige Hausmeisterhaus an der Oberschule Rockwinkel umzuziehen, hat sich bereit erklärt, den Betrieb um eine Gruppe für Kinder unter drei Jahren (U3) zu erweitern. In der Regel gehören einer Gruppe zehn Kinder an. Dafür müsse aber das Haus entsprechend ausgebaut werden, wie der beauftragte Architekt Frank Tappermann jetzt im Sozialausschuss des Beirats Oberneuland berichtet.

Der Bauantrag sei gestellt, nun warte man auf grünes Licht, so der Architekt. Damit richteten sich die Blicke der Ausschussmitglieder auf Wolfgang Bulling, der bei der Senatorin für Bildung und Kinder für die Entwicklung von Angeboten im Bereich Tagesbetreuung zuständig ist. Bulling erklärte die ausstehende Zusage mit der haushaltsfreien Zeit, in der die Behörde keine Finanzierungszusage geben könne. Hintergrund: Der Haushalt für 2015 ist abgelaufen, der für 2016 aber noch nicht beschlossen. Erst im Sommer, schätzte Bulling auf der Sitzung, könne über die U3-Ausbaupläne befunden werden.

Zu spät für den Träger, denn bis dahin muss das Montessori-Kinderhaus mit seiner bestehenden Gruppe ins neue Domizil umgezogen sein, erklärte Tappermann. Ein nachträglicher Ausbau der Räumlichkeiten sei im Prinzip auszuschließen, da das Konzept zum einen ein völlig anderes wäre und zudem nicht ohne Ausfallzeiten im laufenden Ü3-Betrieb umsetzbar sei.

Rund 80 Quadratmeter Fläche müsste man für eine zweite Gruppe anbauen. Bleibe es bei einer Gruppe, reiche eine Er-

weiterung um zwei Wintergärten aus, erklärte Tappermann später auf Nachfrage. Die Mitglieder des Sozialausschusses zeigten sich empört angesichts der Perspektive, eine derartige Chance auf U3-Ausbau ungenutzt verstreichen zu lassen. Hatte ihnen Bulling doch erst wenige Minuten zuvor dargelegt, dass in Oberneuland bislang nur 30 Prozent (53 Plätze) der für 2019/20 angestrebten 50-Prozent-Quote in der U3-Versorgung erreicht seien. „Der Bedarf ist da – es ist nicht nachvollziehbar, dass das Projekt jetzt wegen der Finanzierung derart ins Stocken gerät“, kritisierte Tamina Kreyenhop (CDU). In einem einstimmig verabschiedeten Antrag forderte der Ausschuss die Senatorin für Kinder und Bildung auf, den Ausbau der U3-Gruppe unverzüglich auf den Weg zu bringen.

„Tatsächlich ist die Situation schwierig, weil wir noch in der haushaltslosen Zeit sind“, erklärte Annette Kemp, Sprecherin der Senatorin, gegenüber dem Stadtteil-Kurier. Der Umzug der bestehenden U3-Gruppe in das ehemalige Hausmeisterhaus werde zum Kindergartenjahr 2016/17 angestrebt, „und eine Erweiterung der Kita um eine weitere U-3 Gruppe wird derzeit

geprüft“. Eine nicht minder große Lücke im Vergleich zum Krippenbereich klafft in der Oberneulander Versorgungsquote der Ü3-Kinder. Von den für 2019/20 angestrebten 98 Prozent sind laut Bulling derzeit erst 56 Prozent (231 Plätze) im Stadtteil umgesetzt. Die Zahl löste Irritation bei den Vertreterinnen der Oberneulander Kitas aus. Bei den Anmeldungen seien nämlich bisher kaum Überhänge zu verzeichnen, berichteten sie unisono.

Die Situation erkläre sich durch die Unterbringung in anderen Stadtteilen, beispielsweise auf dem Weg zur Arbeit, klärte Bulling auf. Dort komme es daher dann mitunter zu Quoten von über 100 Prozent.

Grundschulleiterin Dagmar Sense berichtete, dass viele Eltern ihre Kinder mangels Platzangebotes außerhalb des Stadtteils betreuen ließen, sie dann aber unbedingt zumindest für das letzte Kindergartenjahr vor Ort unterbringen wollen. „Ansonsten haben die Kinder bei der Einschulung so gut wie keine Kontakte im Stadtteil“, erklärte Sense.

Bulling betonte, dass die Betreuung im Heimat-Stadtteil aus eben jenem Grund langfristig unbedingt angestrebt sei. Ein

Hoffnungsschimmer ist für die Oberneulander in dieser Hinsicht seit Langem die geplante Kita im Wohn- und Büroпарк. Wie Bulling mitteilte, hat der Investor jetzt eine erste Skizze eingereicht, wie er sich die sechs Gruppen starke Einrichtung vorstellt. Die Wahl des Trägers liege ebenfalls beim Investor, sagte Bulling. „Es gibt bereits mehrere Interessenten.“ Zu denen zählt allerdings nicht länger der Kindergarten Achterdiek e. V., wie die Vorsitzende Janine Zembski dem Ausschuss mitteilte. Nach längerer interner Diskussion habe man jüngst entschieden, von dem Projekt Abstand zu nehmen, erklärte sie.

Die mit Abstand schlechteste Quote hat Oberneuland im Bereich der Nachmittagsbetreuung von Schulkindern zu verzeichnen – die gibt es nämlich noch gar nicht. Zwar bietet die Oberschule Rockwinkel diverse Arbeitsgemeinschaften in den Nachmittagsstunden an, mit einem Ganztagschulbetrieb habe das allerdings nichts zu tun, betonte Schulleiterin Irene Kogel. Der werde zwar von Eltern stark nachgefragt, lasse sich aber nun einmal nicht ohne Mittagessen-Angebot realisieren.

Zudem seien ihre personellen Kapazitäten mit dem derzeit laufenden Angebot komplett ausgeschöpft. Ein Ganztagskonzept habe die Schule ebenso wie die Grundschule bereits vor rund acht Jahren eingereicht. Bislang habe sich diesbezüglich nichts geregelt. „Im Moment bin ich allerdings fast froh, dass wir noch keine Ganztagschule sind“, betonte Grundschulleiterin Dagmar Sense. „Das wäre in unserer aktuellen Situation personell überhaupt nicht leistbar.“

Die Ausschussmitglieder zeigten sich erneut einig in der Auffassung, dass die Bildungsbehörde den Betreuungsbedarf für Schulkinder in Oberneuland nicht länger ignorieren dürfe. Das Gremium fordert in einem Antrag den zeitnahen Ganztagsausbau an der Grundschule sowie der Oberschule Rockwinkel.



So soll die Montessori-Kita auf dem Gelände der Oberschule Rockwinkel nach den Plänen von Architekt Frank Tappermann aussehen. Ob dort auch Platz für eine U3-Gruppe sein soll, müsste vor dem Umbau entschieden werden. Doch der Senat verweigert bislang die Entscheidung. BILD: TAPPERMANN

## Kontaktpolizist bietet Beratungen

Sprechstunde und Hausbesuche

**Schwachhausen.** Der Kontaktpolizist (Kop) Jens Vogel bietet auch künftig regelmäßig Sprechstunden für Bewohner Schwachhausens im Krankenhaus St.-Joseph-Stift an. Die Kop-Sprechstunde ist einmal monatlich am dritten Mittwoch von 13.30 und 16 Uhr im Foyer des St.-Joseph-Stifts, Eingang Schubertstraße. Der nächste Termin ist am 20. Januar. Es können alle Präven-

ANZEIGE

**Großer Lagerverkauf im Behrens-Hof**  
Bremen-Oberneuland · Auf der Heide 54 – 56  
Dienstag, 19. und Mittwoch, 20. Jan., 10 – 18 Uhr  
Achtung – nur 2 Tage  
Bis 70% reduziert  
Damenmoden Kindermoden  
Exklusive Designerkollektionen für Kinder  
Exklusive Hersteller Internationaler Spitzenklasse

tionsthemen wie zum Beispiel Einbruchschutz und künstliche DNA sowie Straftaten gegen ältere Menschen, Autoaufbruch und Fahrraddiebstahl angesprochen werden. Fahrradregistrierungen sind ebenfalls möglich, sofern der Personalausweis und der Eigentumsnachweis mitgebracht werden. Zahlreiches Informationsmaterial liegt am Infostand im Krankenhaus bereit.

Am Sonnabend, 23. Januar, gibt Kontaktpolizist Jens Vogel Bürgerinnen und Bürgern aus dem Einzugsbereich des Schwachhauser Reviers von 10 bis 17 Uhr eine Einbruchschutz-Beratung in ihrem eigenen Haus oder in ihrer eigenen Wohnung. Die Beratung umfasst die Schwachstellen der Gebäude mit ihren Fenstern, Türen und Sicherungseinrichtungen sowie die persönlichen Verhaltensweisen.

Terminabsprachen sind möglich unter Telefon 36216323 oder per E-Mail an jens.vogel@polizei.bremen.de SCD:XXN

### BEIRAT HORN-LEHE

#### Diskussion über Stadtteilbudget

**Horn-Lehe.** Mit einer ambitionierten Tagesordnung startet der Beirat Horn-Lehe ins neue Jahr. Unter anderem soll es um das Urteil des Verwaltungsgerichts zum Thema Stadtteilbudgets und das Vorhaben „Kindertagesstätte und Wohnhaus“ der Stiftungsresidenz an der Rieckestraße gehen, wenn das Stadtteilparlament am Donnerstag, 21. Januar, 19.15 Uhr, im Gemeindehaus der Horner Kirche, Horner Heerstraße 28, zusammenkommt. Die Beschlussfassung zur Kita an der Rieckestraße war im vergangenen Jahr zurückgestellt und der Antragsteller aufgefordert worden, einen Fragenkatalog des Beirates abzuarbeiten. Dabei ging es unter anderem um den Baumbestand, Untersuchungen zur Verkehrsbelastung sowie um die Prüfung alternativer Standorte. BRM

### BEIRAT OBERNEULAND

#### Sitzung bereits am Mittwoch

**Oberneuland.** Das Ortsamt Oberneuland hat den Termin für die anstehende Beiratssitzung korrigiert. Das Oberneulander Stadtteilparlament tagt nicht am Donnerstag, sondern schon am Mittwoch, 20. Januar, 19 Uhr, im Gemeindehaus der Kirche Oberneuland, Hohenkampsweg 6. JSE

## Finanzsenatorin dämpft Erwartungen an Stadtteilbudgets

VON DETLEV SCHEIL

**Bremen.** Die SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und frühere Sprecherin des Beirates Vegesack, Heike Sprehe, sieht die Einführung der Stadtteilbudgets als Meilenstein: „Eine neue Ära der Beiratsarbeit beginnt!“ Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) warnt jedoch vor Euphorie. Im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte der Bremischen Bürgerschaft dämpfte die Senatorin jetzt die Erwartungen Sprehes und anderer Kommunalpolitiker an ebenjene Haushaltsmittel für Verkehrsmaßnahmen, über deren Verwendung künftig vor Ort in den Stadtteilen entschieden werden kann.

Die geringe Höhe der Geldsumme und die damit verbundenen bürokratischen Verfahren werden nach Linnerts Prognose unvermeidlich für so manchen Frust sorgen. Vor allem auf die Zusammenarbeit zwischen den Beiräten und dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) dürfe man gespannt sein. Die Beiräte wüssten schon,

was sie erwarte, erklärte der FDP-Abgeordnete Rainer Buchholz aus Vegesack mit sarkastischem Unterton: „In 30 Jahren Beirats Erfahrung hat es nicht ein Jahr ohne Konflikte mit dem ASV gegeben.“

Karoline Linnert ließ keinen Zweifel daran, dass sie ohne Wenn und Aber zu den Stadtteilbudgets steht. Doch die Umsetzung werfe noch viele Fragen auf. Und man stehe unter Zeitdruck, weil bis zur Sommerpause der Doppelhaushalt 2016/17 – inklusive Stadtteilbudgets – unter Dach und Fach gebracht werden solle.

Wie hoch die Stadtteilbudgets ausfallen, wisse sie noch nicht, sagte Linnert. Klar sei aber, dass es sich nicht um zusätzliches Geld handle, sondern dass diese Mittel aus dem Etat des ASV herausgelöst würden. Das Jahresbudget der Straßenbehörde bezifferte die Senatorin auf elf Millionen Euro. Das meiste Geld davon werde für Verkehrsmaßnahmen und für Straßenreparaturen benötigt. Bei den Investitionen sei zu berücksichtigen, dass auch einige in den Vorjahren begonnene Maßnahmen noch

abfinanziert werden müssten. „Wenn man all diese Verpflichtungen von den elf Millionen abzieht, kommt man zu einem Betrag X, der für die Stadtteilbudgets zur Verfügung steht“, sagte Linnert.

Laut Urteil des Verwaltungsgerichts vom Dezember dürfe kein Gesamtpf für die Stadtteile gebildet werden, sondern für jeden der 22 Beiratsbereiche müsse ein eigenes Budget ausgewiesen werden. Die Summe, die am Ende im Stadtteil ankomme, könnte dann überraschend klein sein. Nach welchem Schlüssel das Geld an die Stadtteile verteilt wird, steht ebenfalls noch nicht fest. Der Verkehrssenator soll dazu kurzfristig einen Vorschlag erarbeiten. Sehr wahrscheinlich werden die neuen Stadtteilbudgets nach einem sehr ähnlichen Schlüssel verteilt wie bisher schon die sogenannten Globalmittel der Beiräte.

Steht dann fest, welcher Betrag an die einzelnen Stadtteile geht, haben diese das Geld keineswegs zur freien Verfügung für verkehrsberuhigende oder verkehrslen-

kende Maßnahmen. „Die Beiräte bekommen keine Haushaltshoheit“, stellte Linnert klar. Das Parlament behalte diese Kompetenz uneingeschränkt. Das bedeutet: Jede in den Stadtteilen beschlossene Maßnahme, die mit dem Stadtteilbudget finanziert werden soll, muss vom Haushaltsausschuss der Bürgerschaft genehmigt werden. „Gilt das auch, wenn es nur um einen Poller geht? Wie läuft das dann?“, wollte der Bürgerschaftsabgeordnete Ralph Saxe (Grüne) wissen. Es werde wohl nicht so sein, dass die Ortsamtsleiterin oder der Ortsamtsleiter zum Baumarkt gehe und dort einen Poller kaufe, antwortete Linnert. Wie solche Beschaffungen getätigt werden, müsse noch geklärt werden. Und der Haushaltsausschuss werde nur dann beraten, wenn eine gewisse Bagatellgrenze überschritten sei. Definiert werden muss auch noch, wel-

che Straßen in Bremen nur Bedeutung für den Stadtteil haben, in dem sie liegen. Denn nur dort dürfen die Beiräte über verkehrsberuhigende und -lenkende Maßnahmen entscheiden. Für die überörtlich bedeutsamen Straßen bleibt das ASV zuständig.

Wird es zukünftig auch in anderen Ressorts Stadtteilbudgets geben? Diese Frage interessierte mehrere Beiratsvertreter im Ausschuss. In den Bereichen Jugendförderung und Grünpflege gebe es seit längerem stadtteilbezogene Mittel, im Bereich Kitas und Schulen sei das jedoch nicht vorstellbar. „Stadtteilbudgets kann es nur dort geben, wo die Beiräte Entscheidungskompetenzen haben“, betonte die Senatorin. Sie bemühe sich darum, mehr Transparenz im Haushalt herzustellen, indem bei allen Investitionen und Zuweisungen künftig möglichst angemerkt wird, in welchem Stadtteil sie erfolgen.



Senatorin Karoline Linnert. FOTO: KOCH